

# DIESE GRÜNEN!

## Sandsäcke gegen Klimawandel?

■ Was Klimaschutz, Hochwasser und lokale Agenda 21 miteinander zu tun haben

**Sandsäcke gegen Klimawandel? Diese Frage stellte eine Mahnwache von Greenpeace plakativ auf dem Berliner Alexanderplatz anlässlich des Weltgipfels zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg.**

Tatsächlich scheint es so, als ob uns die Folgen unseres Handelns heute endgültig eingeholt hätten. Ist die katastrophale Hochwasserflut an Elbe und Donau ein Vorzeichen kommender Klimaveränderungen oder befinden wir uns schon mittendrin?

Zweifellos gibt es einen Prozess der globalen Erwärmung. Aus der internationalen Klimaforschung wissen wir, dass die durchschnittliche globale Oberflächentemperatur seit Beginn der systematischen Temperaturmessungen um 0,6 Grad gestiegen ist. Das hat gereicht, um den Meeresspiegel um bis zu 20 cm steigen zu lassen.

Die Konsequenzen der globalen Erwärmung waren in den letzten Jahren deutlich zu spüren: Die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren das wärmste Jahrzehnt und das Jahr 1998 das wärmste Jahr des vergangenen Jahrhunderts. Und es wird immer noch wärmer: Das erste Halbjahr 2002 war schon wieder das wärmste der nördlichen Hemisphäre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Und die Folgen? Die Natur ist gereizt; sie zeigt deutliche Symptome einer schweren Verstimmung. Weil bei höherer Wärme mehr Wasser verdunstet

und warme Luft mehr Wasser speichern kann, hat der Niederschlag auf der Nordhalbkugel im 20. Jahrhundert um 5 - 10 % zugenommen. Über die aktuellen heftige Niederschläge und Wetterkapriolen brauchen wir uns also nicht zu wundern! Auch wenn wir heute noch nicht mit letzter Sicherheit wissen, ob es einen Zusammenhang zwischen globaler Erwärmung und den

beobachteten Wetterphänomenen gibt, so deutet doch die Parallelität der beiden Entwicklungen darauf hin. Viele ernstzunehmende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehen deshalb heute davon aus, dass wir jetzt die Auswirkungen des von Menschen verursachten Klimawandels zu spüren bekommen. Ein Klimawandel, der durch den vermehrten bzw. zusätzlichen Aus-

stoß klimarelevanter Gase und Schadstoffe in unsere Atmosphäre mit verursacht wurde.

Unser Handeln heute wird aber auch möglicherweise das Wetter in 20, 30 oder 40 Jahre beeinflussen. Wir dürfen also unseren Kopf nicht in den Sand stecken, sondern wir müssen gegensteuern. Noch ist es hoffentlich nicht zu spät. Wir wissen auch, wo wir anzuset-

Fortsetzung Seite 2

## Keine Chance den Neonazis

■ Wuppertal stellt sich gemeinsam quer

**Gegen die von der NPD geplante Kundgebung am 07.09.2002 hat sich ein breites Bündnis fortschrittlicher Kräfte (natürlich sind die GRÜNEN dabei) zusammengefunden, das zu einer Gegenkundgebung auf dem Rathausvorplatz aufruft.**

Der Zuspruch von Organisationen, Initiativen und einzelnen BürgerInnen ist überwältigend und lässt darauf hoffen, dass halb Wuppertal am 07. September zum Rathaus kommt.

Die GRÜNE Ratsfraktion findet es skandalös, dass die NPD als die Partei, die nachweislich für den Überfall auf das Mahnmal Kemna verantwortlich ist, nun die zentrale Wahlveranstaltung

für Nordrhein Westfalen nach Wuppertal gelegt hat.

Diese Partei, angeführt in der Region vom Schwelmer NPD-Ratsherrn Thorsten Cremer, die jetzt ihre Wahlveranstaltung in Wuppertal abhält, hat vor schließlich nicht allzu langer Zeit ältere, ahnungslose, friedliche BürgerInnen aus Wuppertal bei einer Kranzniederlegung am Mahnmal für Opfer des KZ Kemna mit Knüppeln und Steinen überfallen.

Im Vorfeld des 07.09. wurde eine Veranstaltung mit Hilfe der Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN durchgeführt, um die Strukturen der NPD und der Neonazis in der Region darzustellen, und auf die Gefahren, die von dieser Partei ausgehen, hinzuweisen. Die GRÜNE Ratsfraktion ruft alle WuppertalerInnen auf, auch nach der Kundgebung am 7.9. weiterhin mit dazu beizu-

tragen, dass die antidemokratischen, menschenverachtenden und weitgehend rassistischen Parolen bei uns keine Unterstützung finden. Auch in Zukunft müssen wir dafür sorgen, dass in Wuppertal alle Menschen, gleich welcher Herkunft und Nationalität, friedlich, weltoffen und tolerant miteinander leben können.

Die GRÜNE Ratsfraktion ruft alle WuppertalerInnen auf, mit aller Zivilcourage und Wachsamkeit auch in Zukunft mit dazu beizutragen, dass jüdische MitbürgerInnen und MigrantInnen, die in Wuppertal eine neue Heimat gefunden haben, sich auch weiterhin in Wuppertal wohl und sicher fühlen können. Dem DGB-Vorsitzenden Hans Peters danken wir, dass er seiner antifaschistischen Tradition treu geblieben und mit hohem Einsatz die Koordination der Gegenkundgebung übernommen hat.

## AUS DEM INHALT

Freiwillige Feuerwehr  
- wie lange  
noch? S. 2

Minister Vesper  
im Tal S. 5

Frauen in die erste  
Reihe: Girls Day  
2003 S. 5

Fraktionswechsel zu  
den GRÜNEN: Neuer  
Stadtverordneter  
S. 6

## Guten Tag

Kaum sind die Sommerferien vorbei, läuft das politische Leben in Wuppertal zur Hochform auf: ein großes Bündnis hat sich zusammengefunden, um gegen die geplante NPD-Kundgebung am 07.09. zu demonstrieren und der Wettstreit der WahlkämpferInnen um die besten politischen Konzepte lässt den WuppertalerInnen die Qual der Wahl, bei welcher Partei sie am 22.09. ihr Kreuzchen machen wollen.

Logisch, was die GRÜNE Fraktion für Wuppertal vorgeschlägt:

grün wirkt.

# KURZ & klein

## Freiwillige Feuerwehr – wie lange noch?

■ Die ehrenamtliche Wehr leidet unter dem Sparzwang

In Zeiten leerer Haushaltskassen hat die Stadt es schwer, freiwillige Leistungen aufrecht zu erhalten. So wird auch bei der Freiwilligen Feuerwehr sehr gespart.

Wenn die Berufsfeuerwehr zu Großeinsätzen ausrückt, sollen die Freiwilligen als Unterstützung vor Ort dienen oder Sie übernehmen den Wachdienst in der Hauptwache für eventuell notwendige neue Einsätze.

Bei der Berufsfeuerwehr sind nicht alle vorgesehenen Stellen besetzt. Auch dies ist ein Mangel, der auf Sparen an falscher Stelle in den letzten Jahren zurückzuführen ist, da an den Grundröhrgängen gespart wurde und es daher schon mal häufiger in der letzten Monaten vorkam, dass die Freiwillige Feuerwehr auch bei normalen Einsätzen aushelfen musste. Dies belegen unter anderem die gestiegenen Zahlen der Einsatzstunden der Freiwilligen Feuerwehr.

Es muss immer wieder betont werden, dass das Engagement der Freiwilligen Feuerwehr ein Ehrenamt ist. Die Frauen und Männer machen dies während der Freizeit oder in Alarmfällen in Ihren Arbeitszeiten. Dies kann auf Dauer auch zu Problemen mit dem Arbeitgeber führen. Zwar werden die beruflichen Ausfallzeiten ersetzt, aber nicht immer kann personeller Ersatz für die zu leistende Arbeit ermöglicht werden. Es ist durchaus schon vorgekommen, dass Arbeitgeber ihre MitarbeiterInnen vor die Wahl stellten, entweder auf die Freiwillige Feuerwehr, oder aber auf ihre Anstellung zu verzichten.

Und trotzdem gibt es Menschen, die diese nicht gerade immer leichte Aufgabe für die Bürger der Stadt Wuppertal freiwillig auf sich nehmen.

Und wie dankt es ihnen die Stadt Wup-

### Unhaltbare Zustände am Standort der freiwilligen Feuerwehr am Hahnerberg

pertal? Da die Kassen leer sind, werden nötige Neuanschaffungen von Fahrzeugen immer wieder verschoben. Ihre Unterbringung ist vielerorts in einem so desolaten Zustand, dass dringend neu gebaut werden muss. Einige Bauten entsprechen nicht der Brandschutzordnung oder der Arbeitsstättenverordnung, in den meisten Fällen beiden nicht. In der Privatwirtschaft würden diese Gebäude einfach geschlossen. Es sei hier erwähnt, dass es sich bei den Neubauten um keine Luxuswachen handeln würde und die Wehrleute auch viel in Eigeninitiative mithelfen würden. Aber für freiwillige Leistungen

werden leider keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Es sei hier aber auch erwähnt, dass die Berufsfeuerwehr in Barmen Arbeit in unmöglichen Räumen zu leisten gezwungen ist und nun endlich den verdienten und längst überfälligen Neubau bekommt. Und das ohne große finanzielle Zuschüsse des Landes NRW, da die Stadt erst sehr spät den Antrag auf Zuschüsse des Landes eingereicht hat und entsprechend weit unten auf der Prioritätenliste aufgenommen wurde. Mittlerweile werden die Landesmittel den Städten pauschaliert zugewiesen. Kurz gesagt: auf der einen Seite wird

die Freiwillige Feuerwehr dringend gebraucht, auf der anderen Seite darf sie der Stadt aber nicht zuviel kosten. Da stellt sich doch die Frage wie viel ist der Stadt die Sicherheit der BürgerInnen denn wert? Diese Frage stellt sich auch am Standort Hahnerberg. Hier kommt als weiteres Problem noch hinzu, dass im Haus Wohnungen vermietet sind, das Gebäude an sich jedoch in einem unzumutbar desolaten Zustand ist. Die GRÜNE Fraktion sieht wenig Sinn in den dort geplanten Renovierungsarbeiten, die ca. 300.000 Euro kosten. Dieses Geld sollte sinnvoller in einen Neubau investiert werden.

## Gegen Factory Outlet

Vor einem Jahr bestätigte der Regierungspräsident Düsseldorfs, Büssow die GRÜNEN in ihrer Position und erklärte das endgültige Aus für die Wuppertaler Planungen, auf dem Eskesberg ein Factory Outlet Center zu bauen. Die GRÜNE Ratsfraktion fordert den Regierungspräsidenten jetzt auf, auch den aktuellen Remscheid-Planungen, ein FOC oder Designer Outlet Center in Bahnhofsnähe zu bauen, einen Riegel vorzuschieben.

Die Auswirkungen auf den Einzelhandel sind nicht genau zu beziffern, es ist jedoch zu befürchten, dass Kaufkraft vom Einzelhandel abgezogen würde. In hohem Maße ist auch zu erwarten, dass es zu Problemen des Absatzes für den Einzelhandel in den Städten Solingen und Wuppertal in führen würde. Im Bergischen muss endlich davon Abstand genommen werden, dass die Städte miteinander konkurrieren.

In Zukunft sollte eine engere Kooperation in das Zentrum der städtischen Entwicklung gestellt werden.

Es ist kontraproduktiv, wenn sich die Städte gegenseitig zu überbieten suchen und sich wechselseitig die Kaufkraft abjagen wollen.

Die GRÜNEN setzen nun auf den Einfluss des Regierungspräsidenten Büssow, der ja schon im letzten Jahr die Genehmigung für das Wuppertaler Clees-Projekt FOC Eskesberg nicht erteilt hat.

## Lokale Agenda fortsetzen

Die für den 07.10.2002 angesetzte Rats-Sondersitzung zur Lokalen Agenda 21 darf nach Ansicht der GRÜNEN Ratsfraktion keinesfalls das Ende des Agendaprozesses in Wuppertal bedeuten. Die Hochwasserkatastrophen in weiten Teilen der Erde und auch im Osten Deutschlands sind ein Beleg der negativen Auswirkungen des Klimawandels. Wuppertal wäre sehr schlecht beraten, wenn der Agendaprozess im Tal jetzt als beendet erklärt würde. Die GRÜNE Ratsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass der Prozess insgesamt und auch die Projekte weitergeführt werden. Die GRÜNEN werden in der Ratsitzung entsprechende Vorschläge unterbreiten. Die GRÜNE Ratsfraktion fordert die anderen im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen auf, sich ebenfalls für die Fortsetzung des Agendaprozesses einzusetzen. Die 19 Handlungsfelder und Projekte der Agenda müssen weiterverfolgt werden, die Initiativen vor Ort weiterhin einbezogen werden, die BürgerInnen im Tal weiterhin informiert und Initiativen verknüpft werden. Für die GRÜNE Ratsfraktion ist es unerlässlich, das Agendabüro weiterzuführen, damit die Stadt ihrer Aufgabe der Moderation und Koordination nachkommen kann. Insbesondere die Kooperation mit den Schulen im Tal ist für die bündnisgrüne Ratsfraktion unerlässlich, um den Jugendlichen in Schulen nachhaltige Politik nahe bringen zu können. Vorschläge von der bündnisgrünen Ratsfraktion zur Finanzierung wurden von allen anderen Fraktionen bei den Haushaltsberatungen im März dieses Jahres abgelehnt, für die Durchführung und Umsetzung des Agendaprozesses sind dementsprechend keine Gelder im Haushalt eingestellt. Wir hoffen, dass bei CDU, FDP und SPD im Stadtrat angesichts der Hochwasserkatastrophe jetzt ein Umdenken stattfindet.

## Sandsäcke gegen Klimawandel ?

■ Fortsetzung von Seite 1

zen haben: der Kohlendioxidausstoß muss drastisch verringert werden. Das heißt: der Verbrauch natürlicher Ressourcen, Rohstoffe, Materialien und Energie muss drastisch gesenkt werden; die Prozesse der Energie- und Rohstoffverwendung effizienter gestaltet werden und zwar in allen Bereichen, in Industrie und Gewerbe, in den Haushalten, im öffentlichen Bereich und beim Transport von Menschen und Gütern.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren ein ganzes Maßnahmenbündel zum Klimaschutz eingeleitet, um CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren: das Erneuerbare - Energien - Gesetz, das 100.000 (Solar)Dächer-Programm, das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, die Öko-Steuer, die Energiesparverordnung, das CO<sub>2</sub>-Gebäude-Sanierungsprogramm und die getroffenen Veränderungsvereinbarungen mit der deutschen Industrie. Mit diesen Maßnahmen wurde das deutsche Klimaziel von Kyoto (minus 21 % bis 2012) heute schon nahezu erreicht, auch wenn man von dem selbst gesteckten Ziel minus 25 % bis 2005 noch um einiges entfernt ist. Die Klimaforschung geht davon aus, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis Mitte dieses Jahrhunderts weltweit um 50 % reduziert werden müssten, um den Klimawandel zu stoppen.

Die eingangs gestellte rhetorische Frage wird uns also möglicherweise noch viele weitere Jahre gestellt werden, denn wir können leider nicht davon ausgehen, dass die "Jahrhundertflut" an der Elbe das letzte Ereignis dieser Art in Europa und schon gar nicht weltweit bleiben wird.

Wir müssen uns notgedrungen auch mit der Frage auseinandersetzen, wie wir Vorsorge gegen mögliche Hochwasserkatastrophen treffen können bzw. die Wirkung von extremen Nieder-

schlägen vermindern können. Dazu gehört nicht in erster Linie die Erhöhung von Deichen, die vielfach dazu führen, dass die immer häufiger auftretenden Hochwasser vielfach die Städte mit ganz geringer Vorwarnzeit errei-

chen und in den Flüssen die Fließgeschwindigkeit und der Wasserpegel immer schneller ansteigt, sondern dass den Flüssen und Bächen mehr Raum gegeben wird, dass die Versiegelung und die Erosion der Böden gestoppt wird, dass Regenwasser zurückgehalten und versickert wird und dass nicht zuletzt auch Informations- und Vorhersagesysteme nach dem Stand der Technik geschaffen werden, um präventive Maßnahmen im Katastrophenfall zu ermöglichen.

Sondersitzung des Rates zur Wuppertaler Agenda 21 eine besondere Bedeutung zu. Dort wird sich entscheiden, wie die Stadt Wuppertal mit dem Thema der nachhaltigen Entwicklung künftig weiter verfahren will, wie der Agenda 21-Prozess auf unserer kommunalen Ebene weitergeführt wird und welche Themen und Projekte konkret weiterverfolgt werden sollen.

Harald Bayer, Beigeordneter, Geschäftsbereich Umwelt, Grünflächen und Geodaten der Stadt Wuppertal

### Anfrage der GRÜNEN

an den Umweltausschuss am 11.09.2002 anlässlich der Flutkatastrophe an Elbe und Donau:

1. Was würde es für Wuppertal bedeuten, wenn im Einzugsbereich der Wupper vergleichbar viel Niederschlag fallen würde wie an Elbe und Donau?

2. Gibt es für den Einzugsbereich der Wupper Niederschlagsmodelle und Fluthochrechnungsmodelle, die Aussagen über potenziell betroffene Flächen treffen können?

3. Welche Möglichkeiten gibt es, Vorsorge zu treffen und gegenzusteuern?

4. Welche Stelle wäre für die Auslösung eines Katastrophenalarms und für die Koordination der Abwehr- und Hilfsmaßnahmen zuständig?

### Themen und Probleme auch in Wuppertal

Auch in Wuppertal wird gefragt: Wie halten wir es mit Energieverbrauch, mit dem Verkehr, dem Flächenverbrauch, dem Gewässer- und Bodenschutz? Die Stadt Wuppertal hat mit Unterstützung vieler Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen schon einige positive Schritte getan; in vielen Bereichen hapert es und es müsste viel mehr getan werden.

Demgegenüber werden die finanziellen und personellen Ressourcen auf allen Ebenen und in allen Bereichen immer knapper. Der kommunale Haushalt lässt aufgrund eines dramatischen Defizits kaum noch Handlungsspielraum zu. Gleichzeitig nehmen die sozialen Probleme zu: Die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der von Sozialhilfe abhängigen Menschen in Wuppertal ist wieder angestiegen, die wirtschaftliche Entwicklung im gesamten Städtedreieck stellt sich insgesamt problematisch dar, die öffentliche Infrastruktur wie die kommunalen Gebäude, die Grün- und Parkanlagen, Straßen, Brücken und Treppen können nicht ausreichend unterhalten werden und nicht zuletzt stehen freiwillige kommunale Leistungen auf dem Prüfstand. Vor diesem Hintergrund kommt der

### Impressum

**Herausgeberin:**  
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN  
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal  
Tel. 563-6204 Fax: 59 64 88  
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de  
Internet: www.gruene-wuppertal.de

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**  
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)  
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher,  
Lorenz Bahr, Harald Bayer,  
Guido Gehrenbeck, Peter Menke,  
Paul Yves Ramette, Peter Vorsteher

**Gastbeitrag:**  
Katja Fuchte und Stefan Kuczera,  
SchLau-Projekt Wuppertal

**Alle Fotos,** soweit nicht anders gekennzeichnet:  
Jörg Lange

**Satz und Gestaltung:**  
Wupper-Nachrichten Verlags GmbH,  
Tannenbergr. 35, 42103 Wuppertal

**Druck:** Verlag Bitter, Recklinghausen

**Auflage:** 43.300

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret, Wiesenstraße; Theater an der Gathe; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Cafe Zweistein, Bahnhof Unterbarren; Cinema, Berliner Straße; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz; Lebensbaum, Sophienstraße; ASIA, Berg, Universität; BUND, Völklinger Straße 3 a.

**Die Abgabe ist kostenlos!**

# Gastbeitrag: Rot/GRÜNE Drogenpolitik - weiter so !?

## Elterninitiative für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik Wuppertal

Im Herbst 1998 gewannen die SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN die Bundestagswahl. Mit dem Wahlsieg des rot/GRÜNEN Bündnisses erhofften sich die Anhänger einer humanen und akzeptanzorientierten Drogenhilfe und Drogenpolitik nun eine entscheidende Wende im Interesse von Gebraucher/-innen illegalisierter Drogen.

Es galt nun vor allem, das "Abstinenzdogma" zu knacken. Rot/Grün sollte nun endlich den Weg freimachen für eine Drogenpolitik, in der das Überleben der drogenabhängigen Menschen an erster Stelle steht. Endlich, so die Hoffnung vieler Menschen, wird es möglich sein, schon vorgezeichnete neue Wege in der Drogenpolitik durchzusetzen. Der bisher hauptsächlich auf Repression setzenden Drogenpolitik der CDU/CSU sollte nun – wenn man sich an die Wahlversprechen erinnert – endlich ein Ende gesetzt werden. Von der Heroingabe bis zur Legalisierung von Cannabis war in den Wahlversprechungen die Rede. Die GRÜNEN hatten hier klar die Nase vorn; doch auch die SPD wollte Ernst machen und eine Umkehr in Richtung Humanisierung durchsetzen. Erinnern wir uns noch einmal, wovon wir träumten, als denn nun Rot/Grün an die Hebel der Macht kamen:

- Substitution für alle, die sie brauchen
- Einrichtung von rechtlich abgesicherten Konsumräumen
- Ausbau von niedrigschwelligen Hilfeangeboten (Kontaktcafé's u. ä.)
- Therapieplätze sofort
- Unterstützung der Selbsthilfe
- Heroingabe
- Legalisierung von Cannabis
- Entkriminalisierung
- Nachsorge (Wohnen und Arbeit)

Eigentlich kamen unsere Träume der Realität ziemlich nahe, denn die Inhalte dieser Träume hatten uns Rot/GRÜN versprochen. Wie ging es nun weiter in Sachen "Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik"? Sicherlich: Ein deutliches

Zeichen gesetzt hat die Übertragung des Amtes der Drogenbeauftragten vom Bundesministerium des Inneren zum Bundesministerium für Gesundheit. Auch die neue Zusammensetzung der Drogen- und Suchtkommission lässt den Willen zur Veränderung erkennen. Und liest man den Drogen- und Suchtbericht 2002 sieht das Ergebnis aus Sicht der Drogenbeauftragten wie folgt aus:

Die Drogenpolitik der Bundesregierung steht heute auf vier Säulen: Prävention – Therapie – Überlebenshilfen - Repression und Angebotsreduzierung.

### Folgende Etappenziele wurden erreicht

**Prävention:** Die Prävention wurde gestärkt, indem u. a. die Verursacher mit in die Verantwortung genommen wurden. (z. B. Tabak-/Alkoholindustrie; Präventionsfonds der Tabakindustrie)

**Überlebenshilfen:** Der 20. Drogenkonsumraum wurde eröffnet, wodurch die Gesundheitsrisiken sowie Drogentodesfälle gesenkt wurden. Das Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung hat begonnen. Die Qualität der Substitutionsbehandlung wurde verbessert und der Zugang zur Behandlung erleichtert. Schwererkrankte erhalten Zugang zu Cannabis-Arzneimitteln. Doch wie sehen die Ergebnisse im Vergleich zu den Versprechungen nun wirklich aus?

### Einrichtung von Konsumräumen:

Sicherlich kann eine neue Regierung nicht von heute auf morgen alles ändern bzw. neu auf den Weg bringen. Jedoch ist es für mich unverständlich, dass die rot/grüne Regierung mit einer Gesetzesvorlage für die Einrichtung von Konsumräumen so lange wartet, bis man die Mehrheit im Bundesrat verloren hatte. Es ist natürlich zu begrüßen, dass nun endlich mit dem 3. Betäubungsmittelgesetz-Änderungsgesetz (3.BtmG-ÄndG) vom 25. Februar 2000 die Rechtsklarheit über die Zulassung von Konsumräumen hergestellt wurde. Doch die Druckraumerlasse der Bundesländer entsprechen nicht gerade unserer Vorstellung von Niedrigschwelligkeit. Dieser Missstand wurde schon im Vorfeld der Verabschie-

dung des Gesetzes kritisiert. Auch darf dabei nicht vergessen werden, dass nun durch die Länderhoheit Drogenkonsumenten 1. und 2. Klasse geschaffen wurden. Überwiegend in SPD-regierten Ländern (mit Konsumraumklassen) können sich nun die Konsumenten in hygienisch einwandfreiem Umfeld ihre Spritze setzen oder auch anderen Konsumformen nachgehen. In den von der CDU regierten Ländern verweigert man suchtkranken Menschen diese Möglichkeit der Gesundheitsvorsorge (hier vor allem HIV-/Hepatitisprävention) – obwohl schon 1968 das Bundessozialgericht Sucht als Krankheit definierte.

**Heroingabe:** Nun, aus einer notwendigen Behandlung mit Originalsubstanzen durch niedergelassene Ärzte ist ein medizinisches Versuchsprojekt geworden. Doch selbst dieser hochschwellige Medizinversuch läuft nur sehr schleppend an.

Vor allem die so genannten Vorreiterstädte Hamburg und Frankfurt haben große Probleme mit der Durchführung

des Projekts. In Bonn wurde endlich im März 2002 mit der medizinischen Versuchsreihe begonnen. Sicherlich auch ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch weit, weit an unseren Erwartungen, aber auch den Versprechungen der Politik vorbei. Auf eine Heroingabe auf breiter Basis müssen wir nun leider mindestens 3 Jahre warten! Erst dann werden die Ergebnisse der Studie vorliegen.

**Substitution:** Substitution für alle, die sie brauchen!? Davon sind wir noch weit entfernt. Die gut gemeinten Verbesserungen, die seit dem 1. Juli 2002 eingeführt wurden, haben in Teilen unseres Landes erst einmal zu einem Versorgungsgengpass geführt. Wir haben in Deutschland leider immer noch zu wenig Ärzte, die bereit sind, Drogenkranke zu behandeln! Das Hick-Hack um die Änderung der AUB-Richtlinien geht immer wieder in eine neue Runde. Hier spielt allerdings das liebe Geld die Hauptrolle. Die Kassenvertreter, aber auch nicht wenige "Ewiggestrige" haben immer noch nicht begriffen, dass eine Behandlung der Drogenabhängigen volkswirtschaftlich immer noch vorteilhafter ist als die Nichtbehandlung. Von der moralischen Verpflichtung, kranken Menschen zu helfen, einmal ganz abgesehen.

**Nachsorge:** Wohnen und Arbeit für Substituierte oder cleane Konsumenten und Konsumentinnen bleibt vielfach eine Illusion. Auch hier stehen leere Worthülsen der Politiker im Vordergrund.

**Therapie-/Entgiftungsplätze sofort:** Hier stellen wir Verbesserungen fest, aber von "sofort" kann keine Rede sein. **Ausbau der niedrigschwelligen Drogeneinrichtungen:** Dieses Versprechen ist in vielen Städten verwirklicht worden.

**Unterstützung der Selbsthilfe:** Die Unterstützung der Selbsthilfe soll im Wesentlichen durch die Krankenkassen erfolgen. Aus meiner Sicht hat es akzeptanzorientierte Selbsthilfe immer noch viel schwerer als die konservativen Gruppen, die das Abstinenzdogma vertreten.

**Legalisierung von Cannabis:** Obwohl in Bezug auf die Legalisierung klare Parteitagebeschlüsse vorlagen (SPD

und die Grünen dies sogar als Wahlversprechen in ihr Wahlprogramm aufgenommen hatten, verzeichnen wir hier einen Stillstand. In diesem Punkt lässt sich die Drogenbeauftragte auf keine Diskussion ein; genau so wenig ist zurzeit mit einer Änderung in Bezug auf die Entkriminalisierung bei dieser Regierung zu rechnen. Hunderttausende, vor allem junge Menschen, werden weiterhin zu Kriminellen abgestempelt! Bleibt allerdings zu hoffen, dass zumindest das leidige Thema Führerschein und Cannabis durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nun endgültig in richtige Bahnen gelenkt wird. Um allen Spekulationen den Wind aus den Segeln zu nehmen: Drogengebrauch - legaler sowie illegalisierter Drogen - sind auch in den Augen akzeptanzorientierter Eltern mit dem Führen eines Verkehrsmittels nicht vereinbar!

**Vier Jahre SPD - Bündnis 90/DIE GRÜNEN:** die rot/GRÜNE Regierung hat Einiges auf den Weg gebracht, doch unsere Erwartungen bei weitem nicht erfüllt. Als sicherlich auch im höchsten Grade besorgniserregend anzusehen ist die finanzielle Lage, in der sich die Kommunen und die Bundesländer momentan befinden. Haushaltssperren und gravierende Einsparungen führen zu teilweise drastischen Kürzungen in der Sucht-, Drogen- und AIDS-Hilfe. Solche Maßnahmen werden über kurz oder lang das bisher gut ausgebaute Hilfesystem in Deutschland zerstören und führen zu weit aus höheren Folgekosten für die Allgemeinheit.

**Schlussfolgerung und Sicht eines Elternvertreters:** Ich wünsche mir trotz oder gerade wegen meiner kritischen Betrachtung der rot/grünen Drogenpolitik und ihrer Ergebnisse, weitere vier Jahre ein rot/GRÜNES Bündnis. Denn eine zu erwartende Drogenpolitik der CDU/CSU wird die eingeschlagene Richtung einer auf Humanität und Akzeptanz orientierten Drogenpolitik umkehren. Gemeinsam mit vielen meiner Mitstreiter/-innen hoffe ich, dass wir die Drogenpolitik der jetzigen Bundesregierung auch die nächsten vier Jahre kritisch begleiten dürfen.

Jürgen Heimchen

# Jürgen Trittin zu Gast in Wuppertal

## Klimaschutz ist wählbar: Der Bundes-Umweltminister spricht im Wuppertaler Rojan

Am 13. September spricht Jürgen Trittin über seine Arbeit als Bundes-Umweltminister, über die aktuelle Situation nach der Hochwasserkatastrophe, über die Politik von rot-GRÜN und über die Aufgaben, die in der nächsten Wahlperiode anstehen: Freitag, 13.09., 19 Uhr ROJAN/ Alte Feuerwache, Gathe 6

### Wir sind schon mitten im Klimawandel

Rekordregenfälle in weiten Teilen Deutschlands. Hochwasserkatastrophen wie es sie an vielen Orten noch nie gab. Tote sind zu beklagen und viele Verletzte. Sachschäden und Ernteausschläge in Milliardenhöhe. Aber auch andere Länder Europas erleiden ähnliche Katastrophen: Jahrhundertflut in Österreich und Tschechien, viele Tote bei Wasserkatastrophen in Südrussland.

### Klimaschutz ist eine Existenzfrage

Wissenschaftler sehen in diesen schlimmen Ereignissen bereits die ersten Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels. Die Münchener Rückversicherung, die weltweit Schäden von Naturkatastrophen finanziell absichert, stellt im Vergleich zu den 60er Jahren heute eine Verdreifung

von Naturkatastrophen fest. Die wirtschaftlichen Schäden addieren sich zu unvorstellbaren Summen. Nach den jüngsten Ereignissen schließen die Versicherungen Beitragserhöhungen nicht aus. Manche Risiken werden in Zukunft gar nicht mehr versicherbar sein.

### Solidarität

Wir zahlen heute für die Klima-Sünden der Vergangenheit. Mit den Betroffenen ist breite gesellschaftliche Solidarität angesagt. Wir dürfen sie nicht hängen lassen. Deshalb unterstützen Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Spendensammlungen für die Hochwasseropfer. Solidarität gilt aber auch für die Zukunft. Wir alle müssen schnell und konsequent handeln, um für die Zukunft so weit es geht Schlimmeres zu verhindern.

### Westerwelle und Stoiber:

#### »Nach uns die Sintflut«?

Tatsache ist, dass die CDU/CSU/FDP-Opposition im Bundestag praktisch die gesamte Klimaschutzpolitik, für die wir uns erfolgreich einsetzen, abgelehnt hat. Vor dem Hintergrund der aktuellen Katastrophen ist es aber zynisch und verantwortungslos, dass sie in ihren Wahlprogrammen weiter dafür werben, unsere grünen Erfolge rückgängig zu machen. In Stoibers so genanntem Kompetenzteam ist kein Platz für Umweltpolitik. Würden FDP und Union die Wahl gewinnen, würden sie dort weiter-

machen, wo sie 1998 gestoppt wurden. Klimaschutz braucht Leute, die ihn wollen und etwas davon verstehen: Bündnis 90/DIE GRÜNEN!

### Vorsorgemaßnahmen für den Klimaschutz

Nur eine Politik der Vorsorge kann die Kosten des Klimawandels in Grenzen halten. Die von Bündnis 90/DIE GRÜNEN eingeleiteten Klimaschutzmaßnahmen müssen konsequent fortgeführt und forciert werden. Vorsorgepolitik heißt für uns:

- massiver Abbau des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Verkehrsbereich durch bessere und

billigere Angebote von Bus und Bahnen, schnelle Einführung des 3-Liter-Autos und Förderung regenerativer Antriebstechnologien

- massiver Ausbau erneuerbarer Energien und Förderung von Energiesparmaßnahmen
  - weniger Klimagase und Energieverbrauch in der Wirtschaft durch Ökosteuer, Emissionshandel und Selbstverpflichtungen
  - Ökologisierung von Land- und Forstwirtschaft für den Klimaschutz und einen intakten Wasserhaushalt
- Klimaschutz ist volkswirtschaftlich sinnvoll
- Jeder Euro, der heute in den Klima-

schutz gesteckt wird, zahlt sich in Zukunft mehrfach aus. Die Vermeidung der Klimakatastrophe beispielsweise durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien stellt auch volkswirtschaftlich gesehen die billigste aller Alternativen dar.

### Wieder wird deutlich:

Für konsequenten Klimaschutz stehen Bündnis 90/DIE GRÜNEN ! Klimaschutz ist eine Existenzfrage. Die Sicherung unserer Zukunft dürfen wir nicht Parteien überlassen, die diese Frage noch nicht einmal wichtig nehmen.

Der Bundes-Umweltminister Jürgen Trittin ist am 13.09. in Wuppertal

## Wirken Sie mit beim Wahlentscheid

■ Die Direkt-Kandidaten Michael Hohagen und Frank vom Scheidt

**Liebe Wuppertalerinnen und Wuppertaler, in wenigen Tagen können auch Sie darüber mitentscheiden, ob die soziale und ökologische Modernisierungspolitik in Deutschland erfolgreich fortgesetzt werden kann.**

Die Bundestagswahl 2002 wird nicht zwischen den beiden großen Parteien SPD und CDU entschieden, da keine dieser beiden allein über eine ausreichende Mehrheit im Parlament verfügen wird. Wahlentscheidend wird neben einer Reihe anderer Faktoren die Frage sein, wie stark die nächste GRÜNE Bundestagsfraktion sein wird. Wir hoffen, dass nicht nur „StammwählerInnen“ es bei dieser Wahl für dringende geboten halten, GRÜN zu wählen. Auch Menschen, die in den vergangenen vier Jahren aus teils durchaus nachvollziehbaren Gründen Erhebliches an rot-grüner Regierungspraxis zu kritisieren hatten, sollten sich, wie wir finden, die Frage stellen, ob der gegebenen Alternative Stoiber/Westerwelle wirklich die Zukunft unseres Landes in die Hände gelegt werden sollte. Auch wir GRÜNEN in Wuppertal hätten uns einiges anders, vieles schneller und gründlicher, manches auch gar nicht gewünscht. Die Diskrepanz zwischen Wünschbarem und Machbarem mussten auch GRÜNE immer wieder erfahren.

Hiermit umzugehen, ohne vor lauter Angst um die eigene Glaubwürdigkeit lieber auf die Gestaltungsmöglichkeiten einer Regierungsbeteiligung zu verzichten, war sehr wesentlich für GRÜNE Politik in den letzten vier Jahren. Dass bei der Verteidigung (oder auch erzwungener Preisgabe) von Grundsatzpositionen an Bündnis 90/DIE GRÜNEN immer noch gelegentlich andere Maßstäbe angelegt werden als an die politische Konkurrenz, ehrt uns zwar einerseits, kostet andererseits aber in der alltäglichen politischen Arbeit mitunter immensen Überzeugungsaufwand. Die Bilanz von 4 Jahren rot-GRÜNER Regierungsarbeit kann

sich gleichwohl sehen lassen: Atomausstieg, Energiewende und Klimaschutz, Einstieg in die neue Landwirtschaft, Stärkung des Verbraucherschutzes, das neue Staatsbürgerrecht, das Gesetz zur Teilzeitarbeit, das Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen, die internationale Stärkung der Menschenrechte, das Gewaltschutzgesetz, die eingetragenen Partnerschaften für Schwule und Lesben, Kindergelderhöhung und Rentenreform sind hier wesentliche Stichworte. Vieles zu tun bleibt in den Bereichen Sozial-, Gesundheits-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. In der Sozialpolitik wird die notwendige Reform der Sozialhilfe eine zentrale Frage darstellen. Es gilt, einerseits der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Sozialhilfe für eine große Zahl von Menschen faktisch die Funkti-

on eines auf Dauer angelegten Grundeinkommens hat, andererseits sie weiterhin die Funktion kurzfristig notwendiger Soforthilfe wahrnehmen lassen zu können. Dies alles auf einem Niveau, das das Prädikat „menschwürdig“ verdient. „Sozial“-politik zu Lasten von Armen wird es mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht geben. In der Gesundheitspolitik wird auch weiterhin das Erfordernis bestehen, bei Sicherstellung werden, zumutbare und ausreichend bezahlte Arbeitsplätze für diejenigen nicht in Arbeit befindlichen Menschen zu schaffen, die für Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen und auf der Suche nach Beschäftigung sind. Eine Vielzahl weiterer Themen in bundespolitisch beeinflussbaren Politikfeldern gilt es auch in Zukunft unter der Berücksichtigung von Verantwortbarkeit, Nachhaltigkeit und sozialer Verträglichkeit durch eine Regierung mit GRÜNER Beteiligung aktiv anzugehen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Wir treten ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte. Wir arbeiten für eine Gesellschaft, in der die Menschen eine konkrete Chance haben, ihr Leben menschenwürdig selbst zu gestalten. Es geht hierbei u.a. um Teilhabe an Arbeit und Bildung, um Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit und um BürgerInnenrechte. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind in den mittlerweile über 20 Jahren ihrer Parteigeschichte zu einer eigenständigen politischen und gesellschaftlichen Alternative geworden. Wir leben jedoch nicht aus uns selbst heraus, sondern sind auch künftig auf Unterstützung, Mitarbeit, Kritik und konstruktive Auseinandersetzung angewiesen. Hierzu laden wir Sie unabhängig von Ihrer Wahlentscheidung am 22.09. ganz herzlich ein.

**Michael Hohagen**  
Ihr Bundestagskandidat im Wahlkreis 103

**Frank vom Scheidt**  
Ihr Bundestagskandidat im Wahlkreis 104

## Power & Kult

■ Bärbel Höhn in Wuppertal

**Von Haus aus ist sie Mathematikerin - die grüne Umweltministerin aus Nordrhein-Westfalen. Die „Powerfrau mit Kultstatus“ gilt als das ökologische Gewissen der Partei und scheut auch vor unpopulären Entscheidungen nicht zurück.**

Spätestens seit dem BSE-Skandal und der Krise um die Maul- und Klauenseuche genießt Bärbel Höhn auch bundesweit große Anerkennung. Am Samstag, den 7.09. ist sie gleich mehrfach zu Gast im Bergischen Land. Die Termine im Einzelnen:

- 14.30 Uhr Ansprache auf dem 5.

Wuppertaler Bauernmarkt, Berliner Platz/Oberbarmen

- 15.30 Uhr Ansprache auf dem GRÜNEN SOMMERFEST, Laurentiusplatz/Elberfeld

- 16.30 Uhr Vortrag auf Schloss Burg, Solingen zum Thema „Qualität in der alltäglichen Ernährung – gemeinsam gegen die Verunsicherung der VerbraucherInnen“

- 18.30 Uhr Im Rahmen der Programmöffnung der VHS 2002/2003 als Gast der Reihe „LebensLäufe“ – Zeitzeugen im Gespräch, mit Stefan Seitz und Detlef Vonde über die persönlichen Meilensteine einer „grünen Karriere“ und die Geschichte der Umweltbewegung der letzten 20 Jahre, Auer Schulstr. 20

## "Frieden jetzt" – in Nahost

■ "Peace Now" unterstützen

**Die dramatische Eskalation der Gewalt im Nahen Osten zeigt: Die Rückkehr der Konfliktparteien an den Verhandlungstisch und die Wiederaufnahme des Friedensprozesses ist unumgänglich.**

Hoffnung auf ein Ende der Gewalt wird es erst dann geben, wenn es gelingt, für beide Völker in der Region die politische Perspektive einer friedlichen Koexistenz zu eröffnen. Dabei steht fest: der Frieden im Nahen Osten ist weder durch Terror, noch mit militärischer Gewalt zu erreichen. Deshalb ist es wichtig, die Friedenskräfte in den jeweiligen Gesellschaften selbst zu stärken. Frieden kann nicht nur von oben verordnet werden, sondern muss auch von unten wachsen.

Nur durch die Wiederaufnahme von politischen Verhandlungen mit klarer politischer Perspektive für beide Seiten kann der heillose Teufelskreis der Gewalt durchbrochen werden.

Dabei ist für Israel ein Ende von Terror und Gewalt und eine Anerkennung seines Existenzrechtes in Frieden und anerkannten Grenzen als Staat unverzichtbar. Ebenso haben die palästinensischen Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben in einem unabhängigen, demokratischen Staat, der in Frieden und Sicherheit neben Israel existiert.

Eine dauerhafte friedliche Regelung wird sich nur dann realisieren lassen, wenn zum einen die Palästinensische

Autonomiebehörde den Terror unmissverständlich verurteilt und glaubhafte Anstrengungen zur Verhinderung weiterer Terroraktivitäten unternimmt. Zum anderen ist erforderlich, dass Israel sich entsprechend der UN-Resolutionen aus den besetzten Gebieten zurückzieht, Siedlungen in den besetzten Gebieten räumt und die Gründung eines demokratischen palästinensischen Staates anerkennt.

Deswegen begrüßen wir die Bemühungen des internationalen »Quartetts« (UN, USA, EU und Russland) für den Frieden im Nahen Osten. Nur mit Hilfe von dritter Seite wird eine dauerhafte Friedenslösung möglich sein. Genauso zentral ist aber auch, das Friedenslager in Israel und den palästinensischen Gebieten selbst zu stärken, das für eine solche Verhandlungslösung eintritt. Bündnis 90/DIE GRÜNEN solidarisieren sich – seit langem mit den friedenswilligen und dialogbereiten Kräften auf beiden Seiten, die ihre Stimme für den Frieden erheben.

Eine der größten Gruppen innerhalb des israelischen Friedenslagers ist »Peace Now« – »Frieden Jetzt«.

Seit 1978 tritt »Peace Now« – »Frieden Jetzt« für einen fairen Frieden mit der palästinensischen Seite und gegen Versuche, den Konflikt militärisch zu entscheiden ein.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützen »Peace Now« – politisch und finanziell. Auch Sie können Peace Now unterstützen. Mit dem Kauf eines T-Shirts (Farbe weiss) in Höhe von 10 Euro spenden sie 7,50 Euro direkt an die israelischen

Friedenskräfte von »Peace Now«. Und diese Friedenskräfte brauchen Hilfe, wenn ihre Aktivitäten in den nächsten Monaten erfolgreich sein sollen. So gelang es »Peace Now« z. B. am 11.

Mai in Tel Aviv allein über 60 000 Demonstrantinnen und Demonstranten für eine Friedensdemonstration zu mobilisieren. Die Demonstration stand unter dem Motto »Raus aus den besetzten Gebieten – im Interesse Israels«. Neben Demonstrationen und Mahnwachen dokumentiert Peace Now seit Jahren den Bau neuer Siedlungen in der Westbank und dem Gazastreifen. Im Juli 2002 hat sich Peace Now mit einer Petition an den Obersten Gerichtshof Israel gewandt mit dem Ziel, neu errichtete Siedlungen in den besetzten Gebieten aufzulösen. Ebenfalls im Juli wurden die Ergebnisse einer von Peace Now durchgeführten Studie veröffentlicht, wonach über zwei Drittel der SiedlerInnen in den besetzten Gebieten eine demokratische Entscheidung zum Rückzug akzeptieren würden und nur eine ganz kleine Minderheit sich einer solchen Entscheidung aktiv widersetzen würde. Deshalb: Unterstützen auch Sie mit dem Kauf und dem Tragen des T-Shirts »Peace Now« die Friedensbewegung in Nahost.

Bestelladresse für T-Shirts:  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Versand,  
Weidendamm 1, 15831 Groß-Kienitz,  
Fax: 03 37 08/3 09-05  
E-Mail: versand@gruene.de  
Wenn Sie Peace Now über den Kauf eines T-Shirts hinaus unterstützen wollen:  
Spendenkonto »Peace Now«:  
Ökobank, Frankfurt/M.,  
Kto.-Nr. 242349,  
BLZ 500 901 00

**Soldat im nahen Osten (WN-Archiv)**

**Alle Termine auf einen Blick:**

**Bilden Sie sich Ihre Meinung:**

- **7.09. 10-19 Uhr** GRÜNES SOMMERFEST auf dem Laurentiusplatz (Gäste u.a. BÄRBEL HÖHN (Umweltministerin NRW), SYLVIA LÖHRMANN (Fraktionsvorsitzende B 90/ DIE GRÜNEN im Landtag NRW), mit großem Kinder- und Musikprogramm, Verbrauchermobil, Verlosung einer Fahrt im GRÜNEN Heißluftballon, Essen & Trinken u.v.m.

- **9.09. 19.30 Uhr** Pol. Runde der VHS mit allen Direktkandidaten/-kandidatinnen "Deutschland vor der Wahl" im Forum der VHS, Auer Schulstr. 20

- **12.09. 19 Uhr** Podiumsdiskussion aller Direktkandidaten/-kandidatinnen beim Jugendring e.V., Haus der Jugend (Foyer), (ab 18 Uhr Live-Chat, ab ca. 19 Uhr Diskussionsrunde)

- **13.09. 19 Uhr** JÜRGEN TRITTI (Bundesumweltminister) spricht im ROJAN/Alte Feuerwache, Gathe 6

- **17.09. ab 14 Uhr** Infostand auf dem Rathausvorplatz Barmen mit KERSTIN MÜLLER (Bundestagsfraktionsvorsitzende), (Ansprache Kerstin Müller um 16.30 Uhr)

V.i.S.d.P.: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Wuppertal, Oberbergische Str. 8, Tel. 0202/87811, Fax 0202/82444, E-Mail: [gruene.wuppertal@t-online.de](mailto:gruene.wuppertal@t-online.de), [www.gruene.de/wuppertal](http://www.gruene.de/wuppertal)

# Vesper im Tal

## ■ NRW-Sportminister zu Besuch

**Auf Einladung der Friedrich Bayer Realschule besuchte NRW Sportminister Michael Vesper am 10. Juli Wuppertal, um sich dort über das Angebot einer sportorientierten Schule zu informieren.**

Die Friedrich Bayer Realschule und der Sportverein Bayer gehen bei der Volleyballförderung mit einem Konzept für ein Internat zur Förderung junger Talente neue Wege. Mit der vom Ministerium in den nächsten 4 Jahren zugesagten Unterstützung wird sichergestellt, dass qualifizierte Trainer eingestellt werden und dass die ansonsten benötigten Rahmenbedingungen sichergestellt werden können. Denn sichergestellt werden muss, dass die SchülerInnen, die einen solchen Weg gehen, ihre Schulausbildung und ihren Unterrichtsstoff nicht vernachlässigen. Neben dem Volleyballsport informierte sich der Minister über die Aktivitäten im

Rahmen der Vorbereitung für die Schwimmeuropameisterschaften in Berlin. Beeindruckt zeigte er sich davon, mit welchem Trainingsumfang die Aktiven um Antje Buschschulte und Thomas Rupprath ihre Vorbereitung für den Saisonhöhepunkt angehen.

Auch der Handballsport wird an der Friedrich Bayer Realschule gefördert, denn gerade auf den Südhöhen wird bei der Cronenberger Turngemeinde eine gute Jugendarbeit angeboten, die es zu unterstützen gilt.

Im Anschluss an den Besuch in der Friedrich Bayer Realschule informierte sich Minister Vesper über den Stand der Regionale Projekte für die Regionale 2006 in Wuppertal.

Von der Präsentation des Media Park Konzeptes, das ihm vom Initiator Jörg Heynkes vorgetragen wurde, zeigte sich der Minister so beeindruckt, dass er spontan zusagte, die Hälfte der Kosten für die Machbarkeitsstudie zu übernehmen.

Gute Nachrichten für das finanziell klapprige Wuppertal.

Sportminister Dr. Michael Vesper ist beeindruckt von dem sportlichen Engagement der SchülerInnen

# Girls Day 2003

## ■ Ran an die spannenden Berufe

**Noch immer wählen Mädchen „klassische Frauenberufe“ ohne Aufstiegschancen**

Die Fakten sind bekannt: mehr als die Hälfte der Mädchen wählen seit Jahren für sich aus einem Pool von nur zehn Ausbildungsberufen aus: die "Hitliste" wird angeführt von der Einzelhandelskauffrau, gefolgt von Arzthelferin und Friseurin. Klassische "Frauenberufe" also, schlecht bezahlt und ohne berufliche Aufstiegschancen. Ziel des Girls Day ist es, dass Interesse von Mädchen an gut bezahlten und interessanten Berufen zu steigern. Zum Beispiel statt Germanistik Informatik und Elektrotechnik zu studieren. In den vier neuen Ausbildungsberufen der Informationstechnik sind momentan nur 14 Prozent der Lehrlinge weiblich, im Studium der Elektrotechnik liegt die Frauenquote gerade mal bei sechs Prozent.

**Girls Day – der Mädchen Zukunftstag**

Ein breites Aktionsbündnis aus Bundesbildungsministerium, Bundesfrauenministerium, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Bundesanstalt für Arbeit und der Initiative D21 ruft seit 2001 zum bundesweiten Girls Day auf. Partner im Aktionsbündnis sind zahlreiche regionale und lokale VeranstalterInnen, Initiativen und Arbeitskreise.

Nach dem letztjährigen Erfolg wurde auch dieses Jahr am 25. April der Girls Day in vielen Städten durchgeführt. Das heißt konkret für Mädchen: schulfrei für den Berufsalltag auf Probe, Praxis und Anschauung stehen auf dem Lehrplan.

Insgesamt über 37.000 Mädchen informierten sich bundesweit über ihre Job-Chancen in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen.

Unternehmen, Verbände und Organisationen, insgesamt an die 1.250, öffneten ihre Pforten, um dem weiblichen Nachwuchs zukunftsträchtige Berufe mit guten Einkommens- und Aufstiegschancen zu zeigen und für Ausbildungen in dem Bereich zu werben.

Die bundesweite Koordination liegt beim Kompetenzzentrum „Frauen in Informationsgesellschaft und Technologie“. Auf den Webseiten des Zentrums finden sich Tipps für Arbeitgeber, Eltern und Pädagogen zur Durchführung des Aktionstages ebenso wie eine Aktionslandkarte mit den Aktivitäten vor Ort ([www.girls-day.de](http://www.girls-day.de)).

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird sich die Zahl der Fach- und Führungskräfte reduzieren. Die Unternehmen klagen über einen großen Mangel gerade an Qualifizierten in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen. Um die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft langfristig zu sichern, ist für Unternehmen die Erschließung der Leistungsressourcen von Frauen unverzichtbar. Selbst Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt äußerte sich in dieser Richtung: Die Wirtschaft könne es sich „nicht länger leisten“, die „Talente erfolgreicher Schulabgängerinnen brachliegen zu lassen“. Also Mädchen: ran an die spannenden Berufe! Ein Erfolg kann schon jetzt verzeichnet werden: Unternehmen und Hochschulen, die erfolgreich spezielle „Mädchen-Tage“ durchgeführt haben, verzeichnen einen steigenden Anteil junger Frauen in technischen und techniknahen Berufen und Studiengängen.

Die Wirtschaft könne es sich „nicht länger leisten“, die „Talente erfolgreicher Schulabgängerinnen brachliegen zu lassen“. Also Mädchen: ran an die spannenden Berufe! Ein Erfolg kann schon jetzt verzeichnet werden: Unternehmen und Hochschulen, die erfolgreich spezielle „Mädchen-Tage“ durchgeführt haben, verzeichnen einen steigenden Anteil junger Frauen in technischen und techniknahen Berufen und Studiengängen.

**Girls Day – der Wuppertaler Antrag**

Am 08. Mai 2003 wird der Girls Day bundesweit zum dritten Mal durchgeführt, konkrete Planungen in den einzelnen Städten sollten also bald angegangen werden. Die bündnisgrüne Ratsfraktion in Wuppertal hat bereits im Mai 2002 einen Antrag in den Rat eingebracht, der einstimmig von allen Fraktionen beschlossen wurde. Dem entsprechend beteiligt sich die Stadt Wuppertal offiziell am Girls Day 2003. Die Koordinierung übernimmt die Gleichstellungsstelle. Sie trägt dafür Sorge, dass rechtzeitig mit der Gesamthochschule, der IHK, dem Arbeitsamt etc. Gespräche für ein möglichst breites Angebot für die Wuppertaler Mädchen und jungen Frauen am Girls Day bereit gestellt wird, um den Tag zu einem Erfolg zu machen. Die Initiative der Wuppertaler GRÜNEN wird nun auch den GRÜNEN Fraktionen in NRW vorgestellt, damit sie in ihren Städten ebenfalls initiativ werden können.

Der nächste bundesweite Girls Day findet im Mai 2003 statt (Foto: WN-Archiv)

# Wuppertal muss endlich barrierefrei werden

## ■ Der Hindernislauf muss aufhören: Freie Fahrt für RollstuhlfahrerInnen

**Wie barrierefrei ist Wuppertal? In Wuppertal wurden wie in vielen Städten eine Menge Sünden begangen. Wer als Rollstuhlfahrer am Wuppertaler Hauptbahnhof ankommt, wird feststellen, das ihm zur Zeit kein Verkehrsmittel ohne die Überwindung großer Hürden zur Verfügung steht.**

In der Vergangenheit war Barrierefreiheit kein Thema. Es war zu teuer, technisch nicht umsetzbar oder deckte sich nicht mit den gängigen Vorstellungen von Ästhetik. Können wir davon ausgehen, das heute alles anders geworden

ist? Es lehrt die Erfahrung mit z.B. Schauspielhaus, Opernhaus, zu hohen Bordsteinkanten, einem Versorgungsamt das für schwer Gehbehinderte oder Rollstuhlfahrer selbständig nicht besucht werden können. Seit dem 1. Mai 2002 gilt in Deutschland das "Bundesbehindertengleichstellungsgesetz - BBGG". Wörtlich heißt es darin im Art.1. § 7 (1): "Bauten, bauliche Anlagen, öffentliche Wege, Plätze und Straßen sowie öffentliche Verkehrsanlagen und Beförderungsmittel im öffentlichen Personennahverkehr sind barrierefrei zu gestalten, soweit Rechtsvorschriften des Bundes Anforderungen an die Barrierefreiheit stellen." Ja, man liest leider richtig. Dieser Paragraph ist nur bindend, wenn Rechtsvorschriften des

Bundes greifen. Die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal fordert daher, die Befassung und umfangreiche Beratungen in allen betroffenen Gremien um Barrierefreiheit in Wuppertal konsequent auch und grade auf kommunaler Ebene umsetzen zu können.

Wenn es wirklich beabsichtigt ist, Barrierefreiheit nicht nur in den Köpfen zu verankern, sondern verpflichtend in die Neu- und Umgestaltung unseres Lebensraumes aufzunehmen, muss dieses an vielen Stellen als grundsätzliche Anforderung niedergeschrieben werden. Angefangen bei Ausschreibungen, bei der Vergabe von Bauaufträgen, im Genehmigungs- und Bauabnahmeverfahren, in Verhandlungen mit

Investoren etc.. Hier müssen Rat und Verwaltung wirksame Maßnahmen ergreifen.

Erst dann, wenn Barrierefreiheit verpflichtend sichergestellt ist, wie es auch für den Brandschutz, die Umwelt- oder die Sozialverträglichkeit gilt, erst dann, wenn sich Architekten während ihres Studiums mit dieser Thematik verpflichtend und vertiefend auseinandersetzen müssen, oder vielleicht erst dann, wenn Barrieren zu kostenträchtigen Mängeln werden, wird sich eine Kultur des barrierefreien Bauens entwickeln. Dies könnte der Stadt Wuppertal gut zu Gesicht stehen.

Wir, die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, werden uns weiterhin für die Umsetzung dieser Ziele stark machen.

Sackgasse für Rollis

# Ratschronik vom 27.5.2002

## Ehrenkodex

Einstimmig wurde im Rat beschlossen, dass alle Stadtverordneten eine freiwillige Selbstverpflichtung unterzeichnen sollen. Dort verpflichten sie sich,

- weder Geld noch sonstige unangemessene Vorteile anzunehmen, die ihnen als Stadtverordnete angeboten werden,

- alle beruflichen und Nebentätigkeiten im Zusammenhang mit ihrem Ehrenamt dem Oberbürgermeister anzugeben,

- Einflussnahme auf geschäftliche Beziehungen mit der Stadt oder städtischen Gesellschaften, die zur Bevorzugung der Stadtverordneten oder von deren Angehörigen führen können, zu unterlassen,

- Alle Geschäftsbeziehungen mit der Stadt oder mit städtischen Gesellschaften dem Oberbürgermeister anzuzeigen, alle geschäftlichen Beziehungen zu Dritten, die zu Interessenkollisionen bei der Ausübung des Mandats führen können, dem Oberbürgermeister gegenüber offen zulegen.

Die GRÜNE Fraktion stimmte dem Antrag zu, obwohl dieser weder besonders originell (da von der Kölner CDU abgeschrieben), noch neu ist. Die bestehende Ehrenordnung des Wuppertaler Rates ist in Teilen weiter gehender, die Anträge der GRÜNEN Fraktion, die momentan in den Gremien beraten werden, sind tatsächlich ein Schritt nach vorn. Der Ehrenkodex ist für uns ein erster umgesetzter Schritt, der auch der Wuppertaler Bevölkerung klar aufzeigt, dass die PolitikerInnen alles in ihrer Macht stehende tun werden, um die Möglichkeiten zu Korruption so gering wie möglich zu halten, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Der nächste Schritt wird die Beratung über die GRÜNEN Anträge, unter anderem zur Ergänzung und Änderung der Ehrenordnung, sein.

## BürgerInnenbegehren zum Erhalt der Schwimmpoper

Eine große Koalition aus CDU und SPD entschied, dass das BürgerInnenbegehren zum Erhalt der Schwimmpoper nicht zulässig sei, da der Finanzierungsvorschlag zum Erhalt der Schwimmpoper nicht die Kosten für den Erhalt decken würde.

Die GRÜNEN enthielten sich bei dieser Entscheidung der Stimme, da der Begleit Antrag der Fraktion, dass die Kommunalaufsicht die Zulässigkeit des BürgerInnenbegehrens ebenfalls prüfen soll, mehrheitlich abgelehnt wurde. Das bürgerschaftliche Engagement der Wuppertalerinnen und Wuppertaler ist unentbehrlich für eine lebendige Stadt. Bürgerbegehren als Bestandteil aktiver Teilnahme an der Demokratie sind nach GRÜNER Ansicht ein nicht hoch genug einzuschätzendes Gut. Deshalb wollte die Fraktion allen eventuell aufkommenden Zweifeln an der Stichhaltigkeit der rechtlichen Würdigung durch die Stadt begegnen und deshalb die Kommunalaufsicht um Stellungnahme über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens für den Erhalt der Schwimmpoper bitten.

## Feuerwehr auf Korzert

Der GRÜNE Antrag wurde in wesentlichen Teilen schon in der Ausschusssitzung Schutz und Ordnung beschlossen, in Folge dann auch in der Ratssitzung. Darin wird die Verwaltung beauftragt, einen Investor für das Gebäude/Grundstück der Freiwilligen Feuerwache Hahnerberg zu suchen und damit den Neubau der Feuerwache auf Korzert so schnell wie möglich zu realisieren.

## Steuerungsgremium "Konversion der GOH-Kaserne"

Ein Antrag der GRÜNEN, ein Steuerungsgremium einzurichten, in dem jede Fraktion vertreten ist, wird von der Fraktion zunächst so lange zurück gestellt, bis die Verhandlungen mit den Grundstückseignern abgeschlossen sind. Danach muss die Politik das Gremium nach GRÜNER Auffassung so schnell wie möglich einrichten, um die ökonomischen und ökologischen Potenziale der Fläche für Wuppertal auszuloten und Nutzungskonzepte im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu erarbeiten.

## Barrierefreies Wuppertal

Der GRÜNE Antrag, in Wuppertal für Behinderte Barrierefreiheit herzustellen, wurde zunächst in die Fachgremien Ausschuss Soziales und Gesundheit sowie Behindertenbeirat zur Beratung überwiesen. Näheres zu dem Antrag ist in dem Artikel dieser Ausgabe enthalten.

## Haushaltssituation der Stadt

Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat den Wuppertaler Haushalt nicht genehmigt, entsprechend wird die vorläufige Haushaltsführung bis auf weiteres fortgeführt. Das heißt, dass keine neuen Investitionen getätigt werden können und freiwillige Leistungen nur noch sehr eingeschränkt vorgenommen werden können. In der September-Sitzung des Rates wird den Stadtverordneten ein Vorschlag unterbreitet, wie die strikten Auflagen umgesetzt werden können.

## Mitbestimmungssicherungsvereinbarung für die WSW AG

Bis auf die FDP stimmten alle Fraktionen dafür, dass die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen bei den WSW auch mit einem zukünftigen strategischen Partner in vollem Umfang aufrechterhalten wird. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist hochofreut über diesen Ratsbeschluss.

## Baumfällgenehmigung in Ronsdorf

Gegen die Stimmen der GRÜNEN stimmte der Rat mehrheitlich für die Fällung von 5 Bäumen auf dem ehemaligen Reinshagenplatz. Die Bezirksvertretung Ronsdorf hatte keine Fällgenehmigung erteilt, die Stadt ist der Auffassung, die BV sei nicht entscheidungsbefugt und die Bäume müssten nach gegebener Rechtslage gefällt werden. Die GRÜNE Fraktion ist ihrer bisherigen Meinung treu geblieben und hat gegen die Baumfällung gestimmt.

# Neuer Stadtverordneter

## ■ Paul Yves Ramette zum Beitritt zur BündnisGRÜNEN Fraktion

**Ein paar kurze Daten zum neuen Fraktionsmitglied: Paul Yves Ramette, 34 Jahre alt, verheiratet mit Regina Orth, Tochter Lisa-Marie Orth. Beruflich bin ich bei einer gesetzlichen Krankenversicherung tätig.**

Warum der Eintritt zu Bündnis 90/DIE GRÜNEN: In den vergangenen Monaten hat sich durch verschiedene Ereignisse (Spendenaffäre, Juso-Abwahl) gezeigt, dass die Wuppertaler SPD zur Zeit und auf längere Sicht nicht zu einer wirklich aktiven und glaubhaften sozialdemokratischen Politik für unsere Stadt in der Lage sein wird.

Eine kritische Diskussion zu diesen Punkten kann man in großen Teilen dieser Partei nicht ausmachen. Ohne eine tatsächliche Aufarbeitung des Skandals und seiner Hintergründe wird diese Partei kein Forum für tatsächlichen politischen Diskurs mehr darstel-

len können. Viele Fakten zu der Wuppertaler Spendenaffäre sind aus den Medien und aus diversen Internetseiten bekannt. Vieles über die Strukturen wird noch in den nächsten Monaten und ggf. Jahren öffentlich werden. Von

Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind hingegen deutliche Signale für ein transparenteres politisches Handeln und Verwaltungshandeln ausgegangen.

Da ich mich weiterhin für meine Stadt politisch einsetzen will, habe ich mich Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie deren Fraktion im Rat der Stadt angeschlossen. Ich bin mir sicher, mit meinen politischen Schwerpunkten Jugendhilfe, Soziales- und Gesundheit sowie Stadtentwicklung bei den GRÜNEN mit großer Effizienz eine soziale und ökologische Politik für Wuppertal betreiben zu können. Durch meine Mitarbeit im Vorstand des Trägervereins Jugendhaus Händlerstraße weiß ich, mit welchen Problemen Jugendarbeit vor Ort heute kämpfen muss. Als Mitglied in verschiedenen Vereinen in Cronenberg kenne ich auch die Sorgen der Menschen "im Dorf" und stehe - zusammen mit Peter Vorsteher (Küllenbahn & Hahnerberg) als unabhängiger Ansprechpartner jederzeit zur Verfügung.

Zuwachs für die GRÜNE Ratsfraktion

## Gastbeitrag:

## Die Arbeit

# mit der "schLAuen Kiste"

Katja Fuchte und Stefan Kuczera für das SchLAU-Projekt Wuppertal

**Oma: "Möchteste noch 'ne Kartoffel?! Mutter: Nee, danke Oma. Wir sprechen doch gerade über watt Ernstes! Ett Kathrin is doch lesbisch! Oma: Musste nich so eng sehen! Möchtse trotzdem noch 'ne Kartoffel?"**

So, oder so ähnlich, kann ein Rollenspiel für eine Coming-Out-Situation in der Familie aussehen, wenn wir EhrenamtlerInnen von SchLAU Wuppertal (Schwul-lesbisches Aufklärungsprojekt Wuppertal, eine von vielen landesweit arbeitenden Lokalgruppen von SchLAU NRW) im Einsatz sind.

Denn neben den durchaus ernsthaften Gesprächen in unserer Arbeit ist auch eine Portion Spaß dabei, wenn wir auftauchen. Unser Team will durch Besuche in Schulklassen, Jugendeinrichtungen und bei Multiplikatorenschulungen Einblicke in schwul-lesbische Lebenswelten geben. Ziel unserer Arbeit ist es, der alltäglichen Heteronormativität in unserer Gesellschaft entgegen zu wirken. Deswegen hinterfragen wir bestehende Vorurteile und begegnen Berührungsängsten im Bezug auf lesbische, schwule und andere Lebensweisen teils argumentativ und teils spielerisch. Neben anderen Hilfsmitteln arbeiten wir vor allem mit der "SchLAuen Kiste", einem vom Land NRW geförderten Methodenkoffer.

Das Team von SchLAU Wuppertal ist also bestens ausgerüstet und wurde zudem von einem Diplompsychologen fachdidaktisch geschult. Wir arbeiten eng mit der B.J. LesBiSchwule Jugendgruppe Wuppertal e.V. (info@bj-wuppertal.de) zusammen und stellen für interessierte Jugendliche und Erwachsene Kontakte her.

Bei einem Blick auf den Terminkalender der "SchLAus" ist jedoch leider noch viel Freiraum zu entdecken. Trotz reger Öffentlichkeitsarbeit und zahlreicher Aufklärungsveranstaltungen in Wuppertaler Gesamtschulen, Jugendeinrichtungen und Sonderschulen hat sich die Information über unser Angebot im Bergischen Land noch nicht ausreichend verbreitet. Um verstärkte Präsenz zu zeigen, haben wir u.a. auf dem Wuppertaler CSD-Straßenfest Ende Juni 2002 zusammen mit der B.J. LesBiSchwule Jugendgruppe Wuppertal e.V. einen Infostand in der Elberfelder City betrieben. Es waren übrigens auch viele andere Wuppertaler Initiativen wie z.B. das Bergische Lesben- und

## Das SchLAU-Team vermittelt Einblicke in lesbische und schwule Lebensweisen

Schwulen-Zentrum (BluSZ e.V.), die Schwulen und Lesben im Bergischen (SLiB e.V.) und das Lesbentelefon Wuppertal (Lesbental) vertreten. Vielleicht feiern ja nächstes Jahr noch mehr WuppertalerInnen mit ihren lesbi-

schens, schwulen und bisexuellen MitbürgerInnen ein Fest der Vielfalt und Freude. Ach ja! Bis dahin wartet bestimmt noch Arbeit auf die SchLAus. Melden Sie sich doch bitte unter schlau@bj-wuppertal.de

# Rauschendes Fest

## ■ Dank an die vielen HelferInnen

**Die GRÜNE Ratsfraktion dankte allen Menschen, die sich für "Diese Grünen" engagierten: Zur Jubiläumsausgabe wurden die vielen HelferInnen von der Erstellung bis zur Verteilung der Zeitung richtiggehend verwöhnt. Ort des Geschehens: 12. Juli im Fantasia.**

Ein üppiges Buffet, ausreichende Kaltgetränke und eine zauberhafte Dekoration ließen kaum noch Wünsche offen für die anwesenden 80 HelferInnen und FreundInnen der GRÜNEN Zeitung. Besondere Würdigung erfuhren die ZeitungsmacherInnen der ersten Stunde, die als PionierInnen das Projekt auf den Weg gebracht haben, in einer Laudatio des Fraktionssprechers Peter Vorsteher.

Um auch Menschen, die relativ kurz bei der Zeitung mitwirken einen Einblick in die 50 Ausgaben zu ermöglichen, wurden per Beamer Artikel und Fotos aus den verschiedensten Ausgaben auf die Leinwand gebannt, viele machten auch von dem Angebot Gebrauch, in Nr. 1 bis Nr. 50 zu schmökern. Einer der krönen-

## Die Feier in der Villa Media

den Höhepunkte wurde durch das Ronsdorfer Rockprojekt gestaltet: die Band spielte auf und viele TänzerInnen wirbelten gut gelaunt durch den Saal. An dieser Stelle nochmals Dank an alle, die diesen tollen Abend mit ermöglicht haben.